



---

---

## Haushalts- und Finanzausschuss

75. Sitzung (öffentlicher Teil)<sup>\*)</sup>

23. Januar 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 13:30 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenografen: Thilo Rörtgen, Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
<b>1 Auswirkungen von Stellenabbau und Filialschließungen der Bundesbank auf NRW</b>	<b>1</b>
Präsident Friedel Fleck berichtet dem Ausschuss.	1
Anschließend beantwortet er Fragen der Abgeordneten.	6
<b>2 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004 und 2005</b>	<b>9</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksachen 13/4502, 13/4582, 13/4614 Drucksache 13/4660 (1. Ergänzung) Drucksache 13/4860 (2. Ergänzung) <u>in der Fassung nach der 2. Lesung</u> Drucksache 13/4817 Vorlagen 13/2596 und 13/2640 Schlussberatung und Abstimmung zur 3. Lesung	

---

<sup>\*)</sup> Vertraulicher Teil mit TOP 9 s. Vertr. APr 13/40

*(Der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses - Drucksache 13/5002 - enthält im Wesentlichen die in der Sitzung abgegebenen Stellungnahmen, den Wortlaut aller gestellten Anträge sowie die Abstimmungsergebnisse. In diesem Protokoll werden nur die Diskussionsbeiträge wiedergegeben, die über die Darstellung in dem genannten Bericht hinausgehen.)*

### **Entlastung der Kommunen von Wohngeldanteilen**

9

In der Schlussabstimmung **empfiehlt** der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, den Gesetzentwurf in der Fassung nach der 2. Lesung unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen **anzunehmen**.

Berichterstatter: Erwin Siekmann (SPD)

### **3 Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW)**

10

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/4500 (Neudruck)  
Drucksache 13/4660 (1. Ergänzung)  
Drucksache 13/4860 (2. Ergänzung)

in der Fassung nach der 2. Lesung

Drucksachen 13/4800 bis 13/4806, 13/4808 und 13/4810 bis 13/4816

Vorlagen 13/2592, 13/2597, 13/2637, 13/2640 und 13/2641

Schlussberatung und Abstimmung zur 3. Lesung

*(Der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses - Drucksache 13/5000 - enthält im Wesentlichen die in der Sitzung abgegebenen Stellungnahmen, den Wortlaut aller gestellten Anträge mit Begründung sowie die Abstimmungsergebnisse. In diesem Protokoll werden nur Diskussionen wiedergegeben, die sich nicht vollständig dem genannten Bericht entnehmen lassen.)*

### **Diskussion offener Punkte**

10

### **Generelle Diskussion**

11

### **Antrag allgemein/01 aller Fraktionen**

13

### **SPD/GRÜNE-Antrag 10/04**

14

### **SPD/GRÜNE-Antrag auf Einfügung eines § 7c Haushaltsgesetz**

15

In der Schlussabstimmung **empfiehlt** der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, den Gesetzentwurf in der Fassung nach der 2. Lesung unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen **anzunehmen**.

Berichterstatter: Volkmar Klein (CDU)

**4 Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2003 bis 2007** 16

Unterrichtung durch die Landesregierung  
Drucksache 13/4501

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag ohne Diskussion gegen eine Stimme aus der Fraktion der CDU, im Übrigen mit Zustimmung der Abgeordneten aller Fraktionen, die Finanzplanung **zur Kenntnis zu nehmen**.

Berichterstatter: Volkmar Klein (CDU)

**5 Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des § 5 Schulfinanzgesetz (VO zu § 5 SchFG) für das Schuljahr 2004/2005** 16

Vorlagen 13/2536 und 13/2576

Der Ausschuss **stimmt** der Verordnung ohne Diskussion mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP **zu**.

**6 Gesetz zum Bürokratieabbau in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe (Bürokratieabbaugesetz OWL)** 16

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/4586

Nach kurzer Aussprache **beschließt** der Ausschuss einstimmig, den Gesetzentwurf **ohne Votum** an den federführenden Ausschuss weiterzuleiten.

**7 Hochschulpersonal effektiv und flexibel einsetzen: Beschäftigung nach BAT beenden und neuen Wissenschaftstarifvertrag einführen** 17

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/4616

Nach kurzer Verfahrenserörterung **beschließt** der Ausschuss einstimmig, den Unterausschuss "Personal" zu beauftragen, ein - von der FDP-Fraktion beantragtes - **Expertengespräch** durchzuführen.

**8 Verschiedenes** 18

Der Ausschuss **beschließt** einvernehmlich, sich an der Anhörung des AGS-Ausschusses zum Gesetz zur Weiterentwicklung der Stiftung des Landes für Wohlfahrtspflege **nachrichtlich zu beteiligen**.

Anschließend nimmt der Ausschuss Ausführungen von Minister Jochen Dieckmann (FM) zum vorläufigen Jahresabschluss 2003 entgegen.

**9 Hingabe von Kunstgegenständen an Zahlungs statt gemäß § 224a AO** 19

Vertrauliche Vorlage 13/28

Der Ausschuss **beschließt** einstimmig, **vertraulich zu beraten** (s. Vertr. APr 13/40).

\*\*\*\*\*

Haushalts- und Finanzausschuss  
75. Sitzung (öffentlicher Teil)

23.01.2004  
ei-ke

voll sei und wo nicht. Sie bedaure, dass sich die Oppositionsfraktionen diesem Modernisierungsinstrument verweigerten.

#### **4 Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2003 bis 2007**

Unterrichtung durch die Landesregierung  
Drucksache 13/4501

Keine Diskussion (*Ergebnis s. Beschlussteil*).

#### **5 Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des § 5 Schulfinanzgesetz (VO zu § 5 SchFG) für das Schuljahr 2004/2005**

Vorlagen 13/2536 und 13/2576

**Vorsitzender Volkmar Klein** trägt vor, diese Rechtsverordnung bedürfe der Zustimmung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung, des Ausschusses für Kommunalpolitik und des Haushalts- und Finanzausschusses. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung und der Ausschuss für Kommunalpolitik wollten die Vorlage am 4. Februar beraten.

Der Unterausschuss „Personal“ habe sich bereits am 12. Januar damit befasst und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen empfohlen, der Verordnung zuzustimmen.

Keine Wortmeldungen. - Der **Ausschuss** stimmt der Verordnung mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP zu.

#### **6 Gesetz zum Bürokratieabbau in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe (Bürokratieabbaugesetz OWL)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/4586

Zuschriften 13/3597, 13/3607, 13/3622, 13/3642 und 13/3673

**Vorsitzender Volkmar Klein** weist darauf hin, dass der Ausschuss die Beratung am 8. Januar im Hinblick auf noch ausstehende Gespräche vertagt habe.

**Manfred Palmen (CDU)** schlägt erneut vor, den Gesetzentwurf heute nicht zu beraten. Er wisse, dass die Obleute der Fraktionen noch darüber diskutierten, wie das Problem der Zusammenführung der staatlichen Umweltämter und der Ämter für Arbeitsschutz gelöst werden könne. Nach seinen Informationen solle das im Gesetzentwurf mit einer Bedingung versehen werden, was ihm sinnvoll erscheine.

Haushalts- und Finanzausschuss  
75. Sitzung (öffentlicher Teil)

23.01.2004  
ei-ke

In der Diskussion gebe es aber unterschiedliche Positionierungen, bemerkt **Günter Garbrecht (SPD)**. Der Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform habe z. B. dem Gesetzentwurf einstimmig zugestimmt. Er plädiere dafür, seitens des HFA auf ein Votum zu verzichten und die Entscheidung dem federführenden Ausschuss zu überlassen. Der umstrittene Sachverhalt der Zusammenführung der staatlichen Umweltämter und Ämter für Arbeitsschutz dürfe jedenfalls nicht dazu führen, dass das Inkraft-Treten des gesamten Gesetzentwurfs verzögert werde.

**Rüdiger Sagel (GRÜNE)** schließt sich dem an und äußert die Hoffnung, dass der Wirtschaftsausschuss, der federführend sei, die noch offenen Detailfragen in der nächsten oder übernächsten Sitzung beraten und einer Lösung zuführen werde.

Der **Ausschuss** beschließt sodann einstimmig, den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Ausschuss weiterzuleiten.

## **7 Hochschulpersonal effektiv und flexibel einsetzen: Beschäftigung nach BAT beenden und neuen Wissenschaftstarifvertrag einführen**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/4616

Vorlage 13/2578

**Vorsitzender Volkmar Klein** trägt vor, dieser Antrag sei federführend an den HFA und zur Mitberatung an zwei weitere Ausschüsse überwiesen worden. Die abschließende Beratung solle im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung stattfinden. Der Unterausschuss „Personal“ habe sich bereits am 12. Januar mit dem Antrag befasst und ihn abgelehnt.

Die Fraktion der FDP habe mit Schreiben vom 15. Januar darum gebeten, den Antrag heute auf die Tagesordnung zu setzen, da sie die Durchführung eines Expertengesprächs beantragen wolle. Eine Liste mit Einzuladenden liege vor.

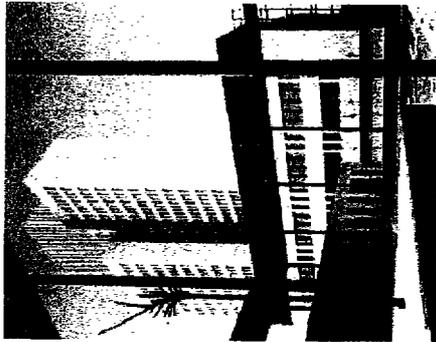
Möglicherweise sei es ein gangbarer Weg, den Unterausschuss „Personal“, auch wenn er seine Beratung bereits abgeschlossen habe, damit zu beauftragen, das Expertengespräch durchzuführen.

Letzteres würde **Angela Freimuth (FDP)** begrüßen. Sie sei bedauerlicherweise bei der Unterausschusssitzung am 12. Januar zu spät gekommen und habe deshalb dort das Expertengespräch nicht mehr beantragen können.

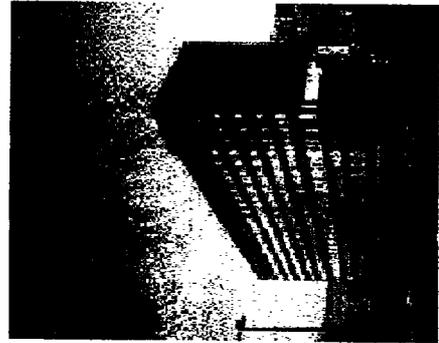
**Gisela Walsken (SPD)** stimmt der Durchführung des Expertengesprächs im Unterausschuss „Personal“ zu und bittet, die Liste der Experten um einen Vertreter der TdL zu ergänzen. - **Edith Müller (GRÜNE)** ist ebenfalls einverstanden und behält sich vor, noch eine Person nachzumelden.

**DEUTSCHE  
BUNDESBANK**  
HAUPTVERWALTUNG  
DÜSSELDORF

# **Auswirkungen von Stellenabbau und Filialschließungen auf den Bereich der Hauptverwaltung Düsseldorf der Deutschen Bundesbank**



**Friedel Fleck**  
Präsident der  
Hauptverwaltung Düsseldorf  
der Deutschen Bundesbank



**Ausführungen anlässlich der 75. Sitzung des Haushalts-  
und Finanzausschusses des Landtags NRW  
am 23. Januar 2004 in Düsseldorf**

# **Aufbauorganisation (seit 30. April 2002)**

## **Vorstand (8 Mitglieder)**

**Präsident, Vizepräsident,  
2 weitere Mitglieder  
(Bestellung durch den  
Bundespräsidenten auf  
Vorschlag der Bundes-  
regierung)**

**4 weitere Mitglieder  
(Bestellung durch den  
Bundespräsidenten auf  
Vorschlag des Bundesrates  
im Einvernehmen mit der  
Bundesregierung)**



**9 Hauptverwaltungen  
Leitung durch den Präsidenten der Hauptverwaltung  
(Präsident untersteht dem Vorstand)**



**Filialen  
(Filialen unterstehen der zuständigen Hauptverwaltung)**

## **Entscheidungen des Vorstandes**

### **→ Strukturreform:**

**Zahlreiche Beschlüsse zur Reform der inneren Struktur und Aufgabenverteilung zwischen Zentrale, Hauptverwaltungen und Filialen**

### **→ Straffung des Leistungsangebots:**

**Konzentration des Dienstleistungsangebots im Barzahlungsverkehr, aber auch in anderen Geschäftsfeldern auf das Kerngeschäft**

## **Anpassung der Filialstruktur an veränderte Rahmenbedingungen**

- **fortschreitende Automatisierung von Bankdienstleistungen**
- **Konzentration im Bankgewerbe**
- **gravierende Änderungen in der Notenbankrefinanzierung**

# **Konsolidierungsprozess im Filialbereich**

## **1. Schritt**

**Beschluss vom 8. Mai 2002**

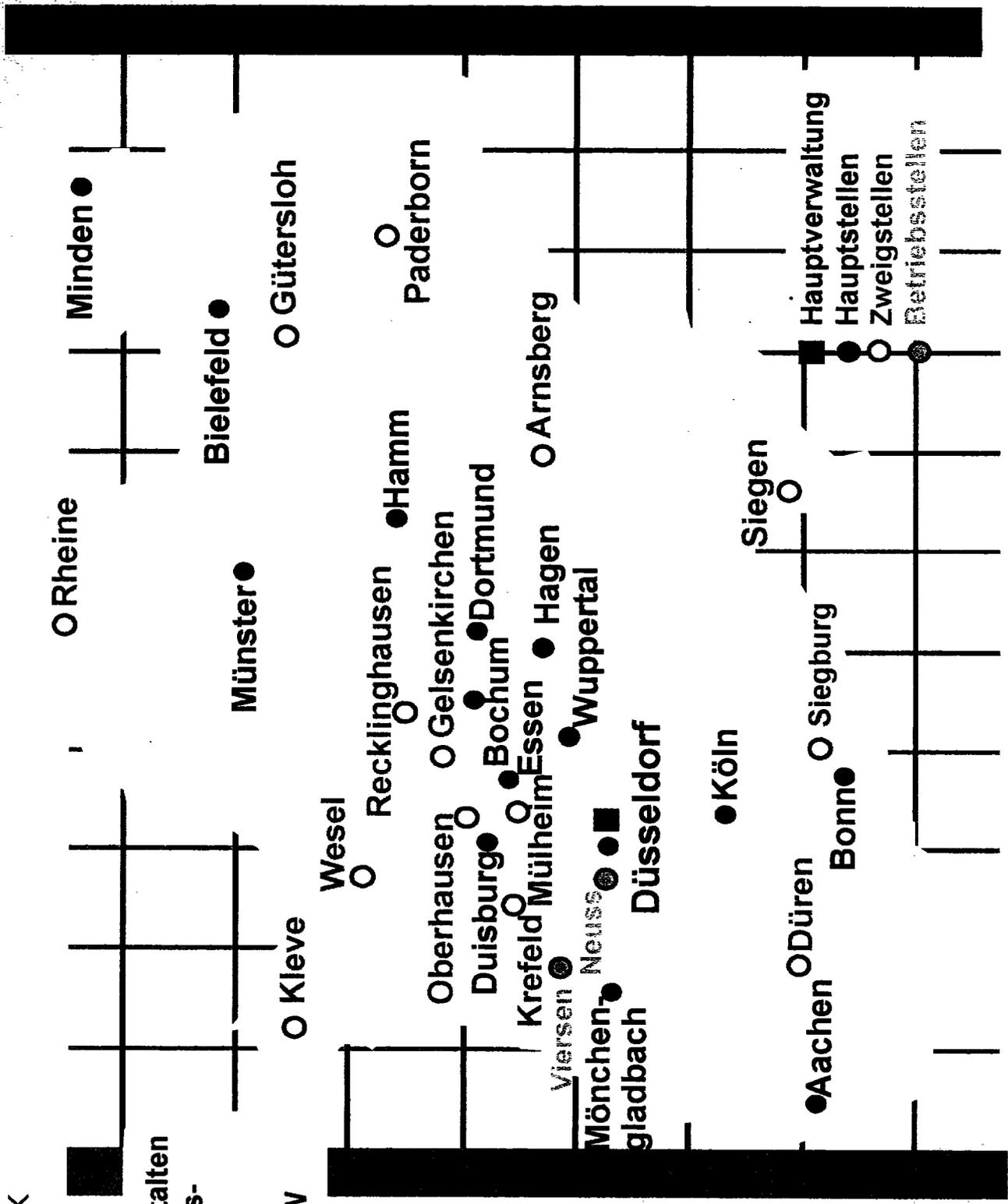
**Umwandlung der 52 ehemaligen Zweigstellen in  
unselbstständige Betriebsstellen**

**Schließung innerhalb von 5 Jahren, spätestens zum  
30. April 2007 (14 in NRW)**

# Stand: April 2002

DEUTSCHE  
BUNDESBANK  
HAUPTVERWALTUNG  
DÜSSELDORF

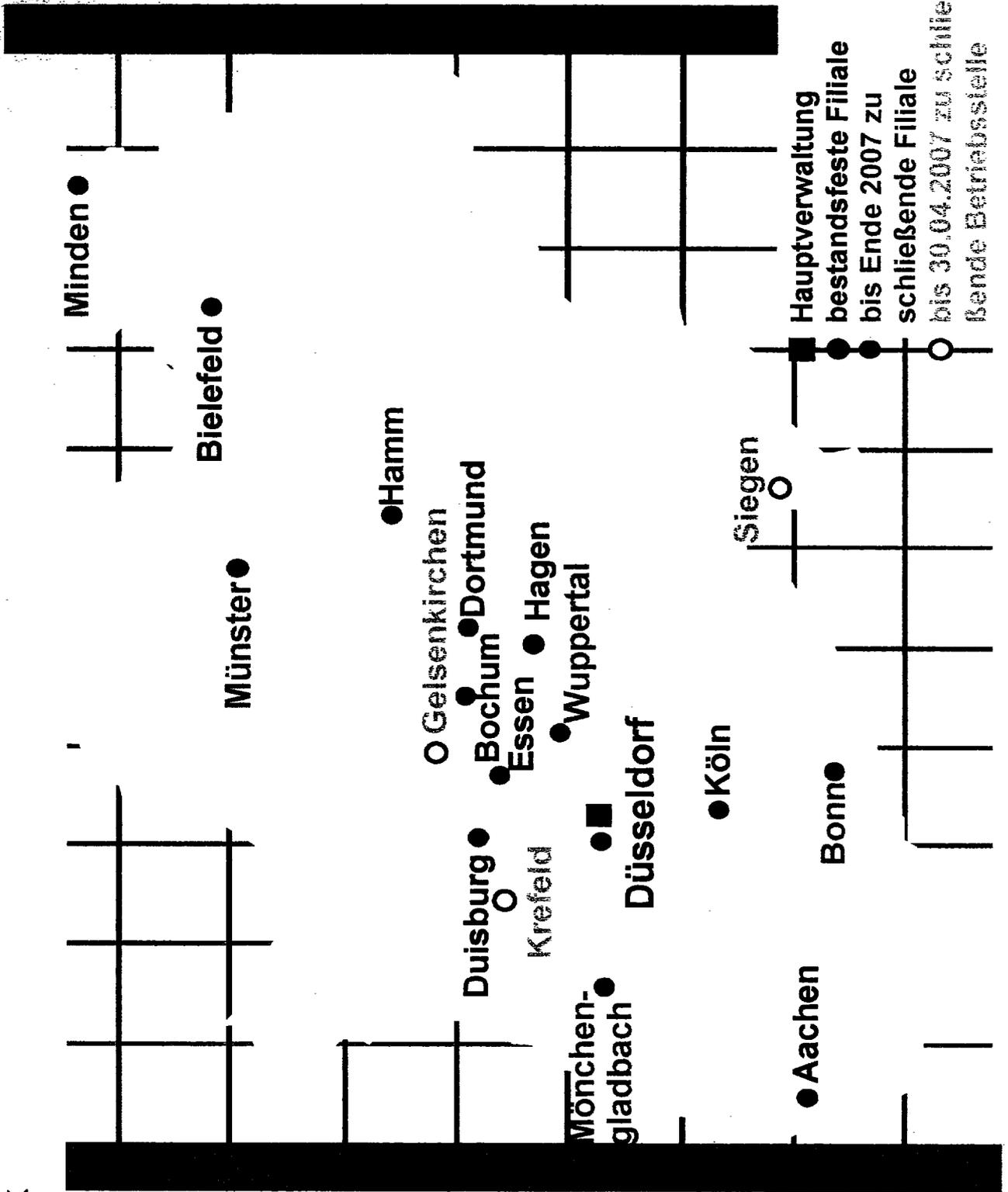
132 Zweiganstalten  
im Bundes-  
gebiet,  
darunter  
29 in NRW



# Stand: Ende März 2004

DEUTSCHE  
BUNDESBANK  
HAUPTVERWALTUNG  
DÜSSELDORF

66 Filialen  
im Bundes-  
gebiet,  
darunter  
15 in NRW



## **Konsolidierungsprozess im Filialbereich 2. Schritt**

### **Beschluss vom 30. Oktober 2003**

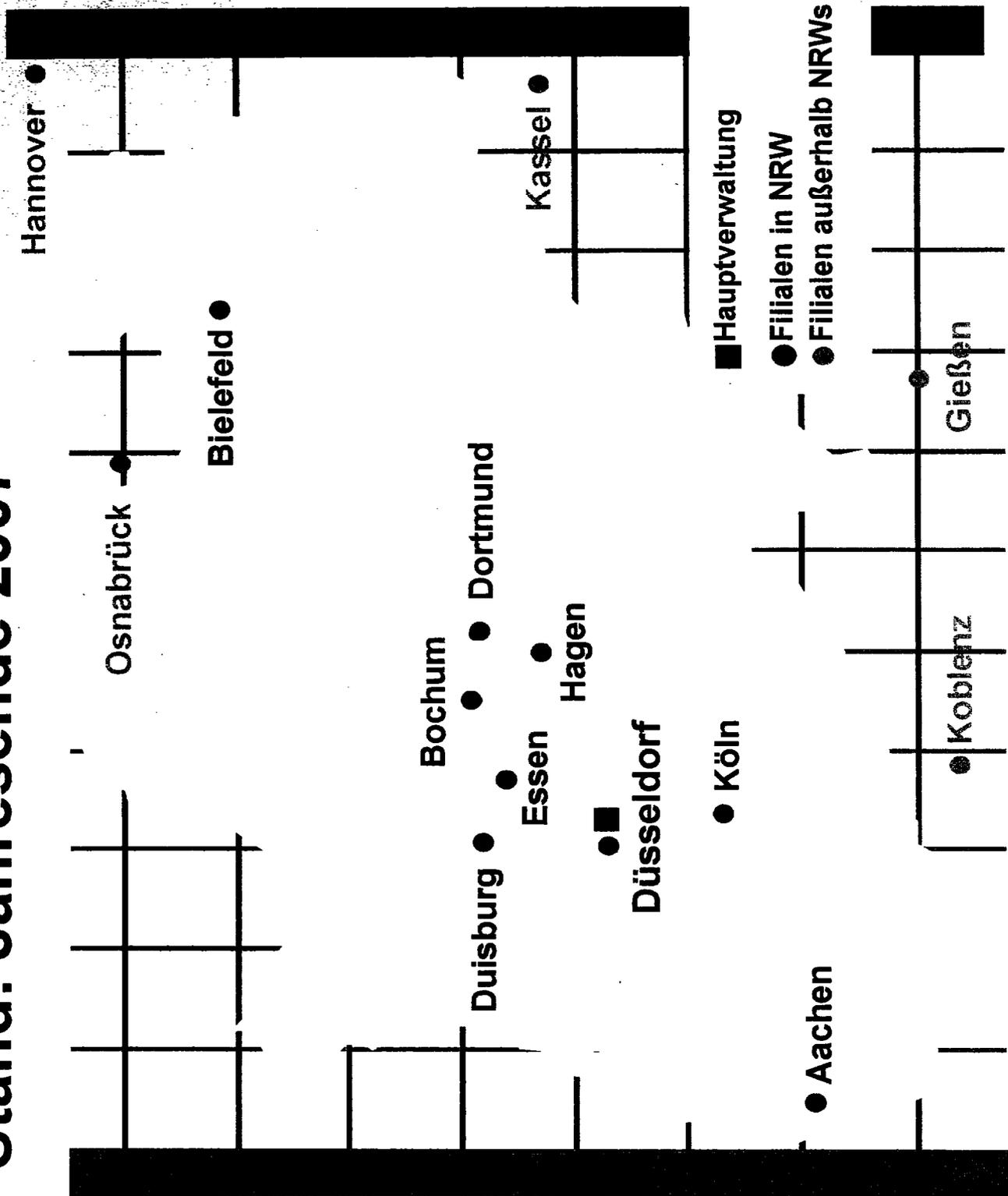
**Schließung weiterer 19 Filialen bis Ende 2007 (6 in NRW)**

**→ Konzentration auf bundesweit 47 Standorte  
(davon 9 in NRW)**

# Stand: Jahresende 2007

DEUTSCHE  
BUNDESBANK  
HAUPTVERWALTUNG  
DÜSSELDORF

47 Filialen  
im Bundes-  
gebiet,  
darunter  
9 in NRW



## **Kriterien der Standortauswahl**

- **Kundenstruktur**
- **Geldaufkommen**
- **Verkehrsanbindung**
- **bauliche Gegebenheiten**
- **Personalsituation**

## **Auswirkungen der Konzentration**

- **wirtschaftlichere Geldbearbeitung/Abbau von Überkapazitäten (jährliche Einsparungen in Höhe von ca. 70 Mio. €)**
- **Präsenz der Deutschen Bundesbank in der Fläche bleibt im Grundsatz erhalten**
- **Versorgung mit Notenbankdienstleistungen bleibt sichergestellt**
- **ausgewogene Verteilung der Filialen in Bezug auf Bevölkerungszahl, Flächenabdeckung und Wirtschaftskraft weiterhin gegeben**

## **Personalwirtschaftliche Aspekte**

- **Die Schließung von 19 Filialen betrifft ca. 1.550 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.**
- **Die notwendigen personellen Maßnahmen werden so sozialverträglich wie möglich gestaltet.**
- **Auf betriebsbedingte Kündigungen wird verzichtet, allerdings erhöhte Anforderungen an Mobilität und Flexibilität der Mitarbeiter/innen.**
- **Im Vergleich zum Beginn 2003 wird Ende 2007 gut ein Viertel der Stellen abgebaut sein.**